

**Miteinander stark**  
Sozial . Modern . BayernSPD

Bayern

**SPD**

**66.**

# Ordentlicher PARTEI TAG

**Samstag | 27. Juni 2015**

**Sonntag | 28. Juni 2015**

Im Energiepark Hirschaid

**BESCHLUSSBUCH**

## Inhalt

Angenommene und überwiesene Anträge .....	4
Wohnen und Bauen.....	4
B 1 Wohnen für die Leut‘ statt Geld für die Spekulanten .....	4
B 3 Abschreibungsmöglichkeiten verbessern.....	12
B 5 Mietwucher wirksam bekämpfen.....	12
B 10 Wohnraumaufsicht auf Bundesebene verankern .....	13
B 11 Werkwohnungen schaffen – günstigen Wohnraum erhalten .....	13
B 12 Sozialwohnungsquote einführen.....	14
B 13 Bundeseinheitliche Mindestqualifikation für Makler und Hausverwalter.....	14
B 15 Bezahlbarer Wohnraum statt Reprivatisierung.....	14
B 16 Energetische Sanierung: Verpflichtung zur Inanspruchnahme von Fördermitteln .....	15
B 19 Staatliche Wohnungsbaugesellschaft für Südbayern errichten .....	15
B 21 Wohnungsmarktorientiertes Sonderinvestitionsprogramm des Freistaats Bayern zugunsten der bayerischen Ballungsräume auflegen.....	15
B 22 Barrierefreie Rettungswege .....	16
Arbeit und Rente .....	17
A 2 Für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen! .....	17
A 4 Hände weg von der Dokumentationspflicht!.....	18
A 6 Betriebliche Mitbestimmung bei Werkverträgen stärken .....	18
A 7 Verpflichtung zur Tariftreue bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren .....	19
A 9 ArbeitnehmerInnenkammer Bayern Einführung einer gesetzlichen ArbeitnehmerInnenvertretung in Bayern .....	20
A 10 Für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung!.....	22
A 11 Sachgrundlose Befristung abschaffen – auch und gerade im Öffentlichen Dienst.....	23
A 12 Digitalisierung der Arbeitswelt .....	24
A 16 Das Rentenpaket weiterentwickeln: Reform und Revitalisierung der gesetzlichen Rente – Den Lebensstandard im Alter sichern .....	27
A 22 Sichere Arbeitsplätze schaffen! .....	41
A 23 Union-Busting .....	42
A 25 Anonymisierte Bewerbungen – Chancengleichheit für alle .....	43
Soziales und Gesundheit.....	44
S 1 Vorbereitungen zur Einführung der Bürgerversicherung weiterführen.....	44
S 4 Reform der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung und Sozialwahlen .....	44

S 5 Vertrauen in die Organspende und Organtransplantation fördern durch Schaffung transparenter Strukturen .....	45
S 6 Flüchtlinge und Asylbewerber mit einer Krankenversicherungskarte der GKV auszustatten .....	45
S 7 Unterstützung der Hebammen und EntbindungspflegerInnen.....	46
S 9 Gesetzliche Personalschlüssel-Regelung im Gesundheits- und Pflegebereich.....	47
S 11 Gewinnung von Pflegefachkräften mit ausländischen Abschlüssen und Auszubildenden mit Migrationshintergrund .....	48
S 12 Die Kosten von Betreuungsverfahren nicht den Betroffenen aufbürden .....	49
S 13 Fachärztliche Überprüfung auf Sinnesbeeinträchtigungen in Pflegeeinrichtungen verpflichtend einführen.....	50
S 14 Impfquote: Maßnahmen zur Erhöhung der Impfquote .....	50
S 16 Einführung neuer Entgeltformen in der Psychiatrie/ Psychosomatik (PEPP) stoppen ..	54
S 17 Keine Stigmatisierung von psychisch erkrankten Menschen .....	54
S 19 Leitlinien zur psychiatrischen Versorgung von Migrantinnen und Migranten in Bayern .....	56
S 19 Einführung einer Stoffgruppenregelung in das Betäubungsmittelgesetz um den Handel gesundheitsgefährdender Designerdrogen ohne zeitliche Lücke zu kontrollieren und ggf. zu unterbinden .....	57
S 20 Zuckergehalt von Lebensmitteln transparent gestalten.....	57
Wirtschaft, Steuern, Finanzen .....	59
Resolution: TTIP - Transparenz als Handlungsleitlinie.....	59
W 1 Steuerpolitik.....	62
W 3 Für die Etablierung einer Vermögenssteuer! .....	63
W 4 Neuregelung der Mehrwertsteuer.....	64
W 5 Wirtschaftspolitische Debatte in der SPD.....	65
W 14 Schluss mit neoliberalem Monetarismus! Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer Tendenzen im Euroraum .....	66
W 15 Profitorientierten Lobbyismus kontrollieren - Demokratie stärken .....	72
W 17 Public-Private-Partnership.....	74
W 20 Beibehaltung Verbot von Fremdkapital bei freien Berufen.....	75
W 21 Crowdfunding erleichtern, den grauen Kapitalmarkt regeln.....	75
W 22 Antrag auf Befreiung kleiner Genossenschaften (i.S. 267 Abs. 1 HGB) von der Mitgliedschafts- und Prüfungspflicht im Genossenschaftsverband.....	76
W 23 Erleichterung der Teilnahme von KMU und Existenzgründern an öffentlichen Ausschreibungsverfahren .....	76
Bildung.....	77
Bi 3 Bayern braucht ein Bildungsfreistellungsgesetz!.....	77
Umwelt und Energie.....	78

U 1 Für ein effektives globales Klimaabkommen in Paris.....	78
U 2 Zur Organisation der Energiewende .....	80
U 4 Bürgerenergie braucht Perspektive und Planungssicherheit.....	81
U 5 Umsetzung der Energiewende.....	82
U 7 Keine Bad Bank für die Atomlobby .....	82
U 8 Hydraulic Fracturing.....	83
U 11 Genmais 1507 stoppen!.....	84
U 12 Einführung gesetzlicher Kennzeichnungspflicht von Pelzprodukten .....	86
U 13 Heimische Eiweißpflanzen auch nach 2016 weiter fördern.....	86
U 14 Für ein Umdenken in der Ernährungspolitik.....	87
Innen.....	90
I 1 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU.....	90
I 2 Ablehnung einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung.....	92
I 3 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU .....	93
I 4 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU.....	96
I 5 Vorratsdatenspeicherung – Nein Danke!.....	97
I 7 Sexuelle Dienstleistungen - legal, sicher, transparent.....	99
I 8 Forderungen für Opfer von Sexualdelikten.....	114
I 9 Forderungen für Missbrauchsoffer .....	114
Internationales .....	115
In 5 Griechenland nach der Wahl - Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa .....	115
Initiativ.....	118
Ini 1 Tarifbindung und Mitbestimmung schützen – Solidarität mit den Beschäftigten der Post AG .....	118
Ini 2 Cannabis entkriminalisieren.....	120
Aufhebung des Fraktionszwang bei Ehe für alle .....	120
Ini 3 Antragsverfahren nach Landesparteitagen .....	121
II. Weitere Anträge.....	122

Wasserrechte zugunsten von Fracking geändert werden und reine oder „nur“ schwach gefährdende Stoffe verwendet werden.

50 Das neu ausgearbeitete Papier von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und  
Umweltministerin Barbara Hendricks hat für die Bohrungen nach der Fracking  
Methode nun ein Teilverbot bis 2021 ausgesprochen, was danach kommt weiß noch  
keiner. Nach dem Teilverbot sollen Bohrungen erst ab einer Tiefe von 3.000 Metern  
mit neuen Umweltauflagen erlaubt werden. Probebohrungen zu Forschungszwecken  
55 dürfen allerdings komplett weiter ausgeführt werden, was ein Hintertürchen für die  
Energiewirtschaft bedeutet. Weiterhin darf Fracking in Wasserschutzgebieten nicht  
ausgeführt werden und auch die einzelnen Bundesländer haben das Recht,  
bestimmte Gebiete zu verbieten. Doch diese Regelungen sind zu schwach: Nur weil  
die Wasserschutzgebiete tabu sind, bedeutet das nicht, dass nicht durch die  
Bohrungen Chemikalien in das Grundwasser kommen können. Ferner sind die  
60 freigesetzten Gase klimaschädlich. Das hauptsächlich freigesetzte Methan hat etwa  
ein ca. 30-mal höheres Treibhausgaspotenzial als Kohlendioxid. Auch das in  
Deutschland verwendete, chemikalienfreie Fracking, birgt die Gefahr von Erdbeben  
oder der Grundwasserverunreinigung.

Daher fordern wir ein gesetzliches, dauerhaftes Fracking Verbot für Deutschland -  
keinen Flickenteppich - sowie die Offenlegung der bisher verwendeten Chemikalien.

[1] <http://www.geo.de/GEO/natur/oekologie/erdgasfoerderung-fracking-das-sollten-sie-wissen-74451.html?p=2>

#### *Antragsbereich U/Antrag 11*

*Jusos*

*Empfänger:*

*Bundesparteitag*

*Bundestagsfraktion*

*SPD im EP*

#### **U 11 Genmais 1507 stoppen!** (Angenommen)

5 Bei der Abstimmung der EU-Minister zur Zulassung des Genmais 1507 auf den  
europäischen Ackerflächen wurde die Chance verpasst hier ein Verbot zu erreichen,  
auch wegen einer Enthaltung Deutschlands. Auf Grund einer mangelnden  
Zustimmung hierzu, liegt die Entscheidung nun bei der EU-Kommission, die  
Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung ist bei der bisherigen Lage der  
wissenschaftlichen Bewertung sehr hoch.

10 Grund für die deutsche Enthaltung war der Konflikt in dieser Frage in der Regierung  
zwischen SPD und CDU. Wir begrüßen es, dass sich die SPD hier gegen eine Erlaubnis  
der gentechnisch veränderten Pflanze ausgesprochen hat, wir wollen auch, falls die  
europäische Kommission Mais 1507 zulässt hier eine weitere konsequente Linie der  
SPD auf nationaler Ebene sehen. Eine Ausstiegsklausel für die Bundesländer, wie sie  
15 von der CSU angedacht wird, reicht nicht aus, wir wollen ein Bundesgesetz, welches  
grundsätzlich den Einsatz dieser Pflanze verbietet! Weiter fordern wir zukünftig eine  
klare Regelung für Deutschland, was den Einsatz sogenannter „Grüner Gentechnik“

20 betrifft. Wir müssen klar Stellung beziehen, um zukünftig hier ein europäischer Garant für ökologische Landwirtschaft im Sinne der Bäuerinnen und Bauern wie auch der Verbraucher\_innen zu sein.

Sowohl eine rot-rot-grüne Mehrheit, wie auch der Koalitionsvertrag der Großen Koalition, in welchem zu lesen ist:

25 „Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an. An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest – ebenso wie beim Saatgut.“ Sollte hierfür eine Mehrheit garantieren. Bei Genmais 1507 handelt es sich um eine durch grüne Gentechnik veränderte Maissorte. Die Veränderung an der Pflanze wurde dahingehend getroffen, dass einerseits eine Resistenz gegenüber dem Herbizidwirkstoff Glufosinat besteht. Weiter trägt eine solche genetische Veränderung der Pflanze zur Toxinproduktion zum Schutz gegen Schädlinge bei.

35 Die Anwendung des Wirkstoffes Glufosinat wird als Embryoschädigend durch die EU-Risikobehörde (EFSA) eingeschätzt, weshalb dessen Gebrauch starken Zulassungsbeschränkungen unterliegt. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit hat den Einsatz hiervon widerrufen, seit dem 13.11.2013 ist der Einsatz von Glufosanit bei Mais-Produkten verboten. Eine Resistenz von Mais gegenüber einem solchen Stoff ist also in Deutschland überhaupt nicht notwendig, da er nicht mehr zum Einsatz kommt.

45 Wenn Pflanzen durch eine gentechnische Veränderung zur Toxinproduktion gebracht werden, ist das ein ernstzunehmender Eingriff in die Natur. Hierbei besteht immer ein großes Risiko gegenüber so genannten „Nichtzielorganismen“. Die toxische Konzentration von Mais 1507 ist bspw. in den Pollen der Pflanze 350mal höher, als in der 2009 verbotenen Maissorte Mon 810. Diese Sorte wurde damals verboten in Deutschland, die Klage von Monsanto im Anschluss gegen das durch das Verbraucherschutzministerium Einsatzverbot wurde durch ein Gericht abgewiesen, es zeigt also: ein solches Vorhaben ist auch hier möglich.

50 Die amerikanische „Union of Concerned Scientists“ hat festgestellt, dass der Einsatz gentechnisch veränderten Maises keine Ertragssteigerung in den USA gebracht hat. Die Resistenz gegenüber Pestiziden, welche in Deutschland verboten sind, in Kombination mit dem Ergebnis einer solchen Studie stellt den Bedarf dieser Pflanze für die deutsche und europäische Lebensmittelindustrie merkbar in Frage. Nachdem die Umweltschäden nicht zur Genüge geklärt werden konnten, lehnen wir den Einsatz dieses Saatgutes ab! Wir fordern die Bundesregierung dazu auf im Rahmen der Safeguard-Klausel sich der kommenden Erlaubnis durch die EU-Kommission zu entziehen und hierfür im vornherein eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung als Grundlage für den Gebrauch dieser Klausel durchzuführen.